

Abonnements

Werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum Voraus zahlbar.
Vierteljahresspreis von:
Nr. 1. — für die Schweiz (Anzeigeband) 2. — für Deutschland (Anzeigeband) 3. — für Österreich (Anzeigeband) 4. — für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Anzeigeband).

Inserate

Die Preisliste ist bei jeder Nummer beiliegend.
25 Cts. — 50 Cts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Büchli (Schweiz),
Verlag
der
Börsenhandlung
Göttingen, Zürich.
Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Nr. 14.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

1. April 1887.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Hochverrath am deutschen Volke.

Ein Deutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen das deutsche Reich zu veranlassen, wird nach § 87 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren, und wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Und ein Deutscher, der vorzüglich ein ihm von Seiten des deutschen Reiches oder von einem Bundesstaate aufgetragenes Staatsgeschäft mit einer anderen Regierung zum Nachtheil desselben führt, der ihm den Auftrag erteilt hat, wird nach § 93 Absatz 2 ebendasselbe Reichsstrafgesetzbuch mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Staat und Reich, Reich und Staat — gibt es kein Strafgesetzbuch, welches das deutsche Volk gegen Hochverrath schützt? Gegen Hochverrath, begangen, in schmählichem Mißbrauch ihrer Stellung, von den höchsten Beamten des deutschen Reiches?

Denn ein wahrer Hochverrath am deutschen Volke ist die Art, wie Bismarck jetzt den Papst als Bundesgenossen aufruft zum Kampf wider die politischen Rechte, wider alle Freiheitsbestrebungen des deutschen Volkes.

Man lese die Rede, mit der der unübertreffliche Staatsmann am 24. März im preussischen Herrenhaus den weitaus so pomphaft geführten „Kulturkampf wider Rom“ — nicht begraben, denn das war er schon längst, nein, wieder ausgearbeitet und seine Worte zu Ehren der römischen Kirche und des „friedliebenden Papstes“ — wer laßt da? — verbrannt und in alle Winde zerstreut, die Herrschaft Roms über den gesammten katholischen Klerus als erstrebenswerthes Ziel gepriesen hat, und man beantworte uns dann die Frage, ob ein nichtswürdiges, frivoleres Spiel mit den Volkseinstreben, als es da mit kynischer Offenheit proklamiert wird, noch denkbar ist.

Wir sind gewiß die Letzten, die das Ende des „Kulturkampfes“, den wir von Anfang an bekämpft haben, bedauern. Wir wußten, daß er in der Art, wie er begonnen und von der Seite, von der er ausging, geführt wurde, nie zum Heile des wirklichen Kulturfortschrittes ausfallen konnte. Nicht das Aufgeben der Kampfgesetze, der „Hoheitsrechte des Staates“, sondern der Preis, um den der Handel abgeschlossen wird, verdient die schärfste Brandmarkung.

Bismarck ruft den Papst zum Bundesgenossen auf im Kampfe gegen die politischen Freiheitsbestrebungen in Deutschland. Er stärkt die Macht des Papstes, des größten Feindes der geistigen Freiheit, nur um mit seiner Hilfe den politischen Absolutismus zu kräftigen.

„Papst und Kaiser“, ruft er pathetisch, „haben in dieser Beziehung das gleiche Interesse und müssen gegen Anarchie und Umsturz gleichmäßig Front machen.“

Handelte es sich wirklich um „Anarchie und Umsturz“, so würden wir ein solches Bündniß für zu selbstverständlich halten, um darüber auch nur ein Wort zu verlieren, aber nach Bismarcks eigenen Worten sind wir ja „soweit noch nicht.“ Für ihn, der immer nur mit den nächstliegenden Dingen rechnet, handelt es sich um die „demokratischen Tendenzen“, das heißt, um das Bischen politischer Freiheiten, die das deutsche Volk noch von 1848 und aus den Tagen her besitzt, da es sein Gut und Blut einsetzen mußte für das Zustandekommen der deutschen Reichsherrschaft. Diesen letzten Rest auszurufen und jeden Versuch, eine Erweiterung der Volksrechte anzubahnen, im Keime zu ersticken, dazu soll der Papst jetzt die Hand bieten. Es ist ein Gegenstück zu den verrätherischen Umtrieben Ludwigs XVI. mit den auswärtigen Höfen gegen das eigene Volk.

Wie damals der „innere Feind“, wie das französische Volk auf solche hohe Politik antwortete, ist bekannt. Das deutsche Bürgerthum aber liegt anbetend vor seinem großen Staatsmann auf dem Bauch und ruft, mit Bezug auf die ihm einst so theuren Kulturkampfgesetze, mit Hiob, seinem hebräischen Vorbild: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt.“

Vor vier Jahren begeisterte Lutherfeier, und jetzt Verherrlichung des „friedliebenden Papstes“. Hat aber Leo XIII. den Syllabus, der alle religiöse Toleranz verflucht, aufgehoben? Mit nichten. Hat er überhaupt in irgend einem Handschreiben seinen „kriegerischen Vorgänger“ desavouiert? Mit nichten, er hat lediglich seine Worte fortgesetzt. Die Friedendiebe beziehen sich nur auf den Verkehr mit den Regierungen. Mit seinen Enzykliken gegen den Sozialismus, gegen die Pressefreiheit etc. hat sich Leo XIII. bei den Regierungen beliebt gemacht, sich als den Papst erwiesen, wie sie ihn heutzutage brauchen können, und darum wurde er von ihnen zum friedliebenden

Mann gestempelt. Leo XIII. wäre ein Narr, wenn er eine Rolle, die ihm so viele Vortheile eingetragen, nicht mit Seelenruhe fortspielen wollte. Als Oberhaupt der römischen Kirche sucht er eben aus der Situation den größten Vortheil für diese herauszuschlagen, und entspricht so nur den Traditionen derselben. Aber im Lande der Reformation den Papst als Schiedsrichter anzurufen in der äußeren wie in der inneren Politik, aber im Lande der Reformation den Kadavergehorsam der Jesuiten als die harmloseste Kleinigkeit von der Welt hinzustellen, und doch ein so aufrichtiger und frommer Protestant zu sein, wie es Bismarck bekanntlich — zu sein behauptet, dazu gehört allerdings, um mit Herrn Gneist zu reden, die Gesinnungstüchtigkeit eines politischen Seiltänzers.

Indes freilich, nicht nur bei den Jesuiten heiligt der Zweck die Mittel. Und außerdem, wozu wäre die äußere Politik da, wenn sie nicht für jede Niedertracht, die gegen das eigene Volk ausgehebt wird, die bequemste Ausrede böte? Sie müßte auch diesmal herhalten, dem „Friedenswerk“ eine höhere Weihe zu geben. Bismarck wies auf Oesterreich hin, mit dem der Anturfriede das deutsche Reich in bessere Beziehung bringen werde, und überließ es Jedem, der die europäische Lage kennt, diese eine „Andeutung weiter durchzudenken“. Für den echten Nationalstolz genügt das, den schwarzen Mann des deutschen Philisters wieder aufmarschieren zu lassen: Frankreich. Das Bündniß mit dem Papst stärkt die Position Deutschlands gegen Frankreich, ergo: Es lebe der Syllabus!

Die haben Recht, die genialen Festdichter, von Herrn Hans Hopfen bis zum Hans oder Peter Hopfstätter, die am jüngsten „Jubeltage der Nation“ die Art, wie 1848 das deutsche Volk sich die Einheit durch die Freiheit zu erkämpfen suchte, verspotteten gegenüber der großartigen Art und Weise, wie Bismarck und Wilhelm die Einheitsfrage auf dem Schlachtfelde lösten. Das deutsche Volk wird an dieser weltgeschichtlichen „Lösung“ noch lange zu lauen haben. Sie hat ihm seine politische Freiheit gekostet, und sie wird ihm jetzt auch die Pfaffenherrschaft bringen.

Die Pfaffen werden in Deutschland jenseits, um den demokratischen Geist in der katholischen Bevölkerung zu ersticken, und sie werden in dieser Beziehung ihr Möglichstes thun. Sie erhalten ihre Privilegien zurück, ihr Verdrummungsmonopol, man wird ihnen die Schulen — und in dieser Beziehung war der Hinweis auf Oesterreich allerdings sehr am Platze — wieder ausliefern, und wenn es nach Bismarck ginge, schließlich auch noch die Universitäten, um die es zu drei Vierteln allerdings nicht einmal schade wäre. Und das Pfaffenenthum wird dagegen bei jedem Antritt auf die politischen Rechte des Volkes hilfreiche Hand leisten. Die Abstimmung des Zentrums in der Septennatsfrage machte den Anfang, wir werden noch ganz andere Rückzüge erleben.

Die Bourgeoisie kann das mit Seelenruhe ansehen, sie ist es ja nicht, die die Kosten des schimpflichen Handels zu tragen haben wird, ist sie doch selbst zur frömmelnden Beischwöster geworden, es ist die große Masse des arbeitenden Volkes: die Arbeiterklasse ist es, auf deren Rücken beide Theile die Kosten des Friedensschlusses abladen werden: die materiellen wie die geistigen. Die Pfaffen sollen ihren Einfluß ausüben, die Arbeiterklasse geistig zu entmannen, sie von der Weltentmachung ihrer politischen und sozialen Forderungen abzuhalten, ihre Augen von dem Kernpunkt der Frage abzulenken, sie gegen das „gottlose“ Frankreich zu hegen, und das Uebrige besorgen der Militärdrill und die Kriegervereine.

Das ist der Plan, und an Wackmuthmitteln, ihn durchzuführen, fehlt es sicherlich nicht. Alle Faktoren, über welche Bismarck und Leo gebieten, alle Korruptionsmittel, die namentlich Ersterem zur Verfügung stehen, werden aufgeboden werden, das schöne Ziel, das sie im Auge haben, zu erreichen: die Unterdrückung der „Revolution“, d. h. der Emanzipationsbestrebungen der Völker.

Aber zum Glück gibt es einen Faktor, der stärker ist als Papst und Kanzler, und der heißt: der Einfluß der ökonomischen und technischen Entwicklung. Weder Bismarck noch Leo können diese aufhalten, sie können die Demokratisierung der Naturwissenschaften nicht verhindern, weil sie die Ansprüche der modernen Technik ohne sie nicht befriedigen können. Im Interesse seiner selbst muß der Militärstaat hier eine wirkliche Kulturmission erfüllen: die Technik ist es, die heute die Kriege entscheidet. Und als Förderer der Technik zerstört er selbst die Verdrummungsarbeit, die er von den Pfaffen in der Schule ausüben läßt. Den Rest besorgt die ökonomische Entwicklung.

Längst zum Klassenbewußtsein erwacht, werden sich die deutschen Arbeiter mit allen Rünsten der pfäffischen Dialektik nicht mehr einschläfern lassen; in dem Bewußtsein, daß sie die Träger der Zukunft sind, werden sie den Gedanken der politischen und sozialen Emanzipation als ihr höchstes Gut hochhalten und sich durch keine Gehege aus ihrem Herzen reißen lassen. Im Gegentheil, je stärker die Reaktion, je schwerer der Druck von oben, je größer die Schaar der Feinde, um so fester werden sie an ihm halten, um so mehr für seine Propaganda wirken, um so rühriger den Boden der heutigen Anarchieordnung unterwühlen, bis der Tag, der unausbleibliche Tag kommt, da alle

Künste der modernen Staatsweisheit nichts mehr helfen und das Gebäude des Klassenstaates in seiner ganzen Hohlheit zusammenbricht. Dann aber werden hoffentlich Diejenigen zur Rechenhaft gezogen werden, die heute die Hand dazu geboten, das deutsche Volk, das Volk der Lessing, Kant und Herder, an den römischen Papst zu verkaufen.

Material für Sozialisten.

aus den Werken anerkannter Statistiker und Nationalökonomien.

Die von Frau Annie Besant (der bekannten Mitarbeiterin des „Socialist“ und Herausgeberin der „Socialist“) herausgegebene Monatschrift „Our Corner“ (Unser Winkel) bringt in ihrer Märznummer folgende interessante statistische Studie, die obwohl englische Verhältnisse betrifft, doch auch für deutsche Leser von Nutzen sein wird. Sind doch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse heute in allen Industrieländern so ziemlich die gleichen, nur ist die Einkommens- u. Statistik in Deutschland noch zu unentwickelt, um ein gleich übersichtliches Bild des Verhältnisses zwischen der reichen, bewohnten Klasse der Bevölkerung und der großen Masse der mehr oder minder nothleidenden Klassen zu gestatten. Was aber in dieser Beziehung aus Einzelstaaten, so z. B. Preußen bekannt geworden, zeigt, daß das Verhältniß dort keineswegs geringer ist als in England, sondern eher noch schlimmer.

Die folgenden Notizen sind zum Nutzen der Mitglieder der Fabier-Gesellschaft*) und anderer Befürworter des Sozialismus aus den Werken anerkannter politischer Ökonomen und Statistiker, sowie aus öffentlichen Veröffentlichungen zusammengestellt. Ueberall sind die Quellen vollständig und genau angegeben, doch ist zu bemerken, daß keiner der Schriftsteller, deren Werke wir zitieren, in irgend einer Weise, weder für die Form, noch für den Geist dieser Zusammenstellung, noch für irgend etwas, was über die tatsächlichen Thatsachen hinausgeht, verantwortlich ist. Wir glauben, die authentischen Zahlen zu geben, die zur Zeit zu ermitteln sind, aber es ist klar, daß ihr Werth ein sehr verschiedener ist. Einige beruhen auf genauen Berechnungen, während andere nur Schätzungen sind, die auf mehr oder weniger Kenntniss von Verhältnissen basieren, die noch nie ergut untersucht worden sind.

I. Wie groß ist das Nationaleinkommen?

Das jährliche Einkommen des vereinigten Königreichs wird von nachstehenden Fachleuten auf circa 12—1300 Millionen Pfund Sterling geschätzt oder, da die Bevölkerung im Jahre 1884 sich auf 35 Millionen belief, auf 35 Pfund per Kopf, bzw. 140 Pfund auf den verheiratheten Mann. Im Jahre 1840 waren es 20 1/2 Pfund und 1860 26 1/2 Pfund per Kopf. (Rothall, „Statistisches Lexikon“) S. 245).

	Pfund Sterling
Sir Louis Mallet (Angestellter des Indischen Amts und Mitglied des Cobden Clubs, in seiner Schrift: „Nationalreichtum und Steuerleistung“, 1883/84)	1,289,000,000
Professor Leone Levi (vom King's College, London) in der „Times“, 13. Januar 1885	1,274,000,000
M. A. Siffen (vom Handelsdepartement) in „Aufgaben über Finanzwesen“, 2. Bd. S. 460/472, Februar 1884	1,270,000,000
Mr. Rothall, „Statistisches Lexikon“, 1883 Seite 245	1,247,000,000
Prof. A. Marshall (von der Universität Cambridge) in „Bericht der Industriellen Lohnkommission“, S. 194, Januar 1885	1,175,000,000

Diese Zahlen, welche nur aus den Einkommensteuerverzeichnissen und den Schätzungen der durchschnittlichen Lohnhöhe gewonnen sind, besagen, daß der Geldwerth der im Laufe eines Jahres im Lande hervorgebrachten Waaren und verrichteten Dienstleistungen sich auf 140 Pfd. für den erwachsenen Mann beläuft. Die meisten dieser Waaren und Dienstleistungen werden in dem gleichen Zeitraum zum Unterhalt der 35,000,000 Einwohner aufgebraucht, und nach Mr. Siffens Schätzung werden jährlich 200,000,000 jährlich „geplant“ (Finanzwissenschaftliche Essays, Bd. 2, S. 407). Das Groß dieser „Ersparnisse“ existiert in Form von neuen Eisenbahnen, Häusern, Wegen, Maschinen und anderen Gütern für künftige Arbeit.

Für die folgenden Vergleiche behalten wir als Gesamtsumme bei die Summe von:

£ 1,250,000,000.

II. Wer produziert es?

Die nothwendigen Waaren und Dienstleistungen, die in dieser ungeheuren Summe enthalten sind, werden einzig und allein durch die Anstrengungen und Aufopferungen (Cairnes) sei es der Rudeen oder des Geistes des arbeitenden Theils der Gesamtbevölkerung, unter Zuhilfenahme der Natur, hervorgebracht. Adam Smith zeigt, daß Arbeit die alleinige Quelle des Reichtums ist. Es ist also die Arbeit, und nur die Arbeit, der der Mensch alles, was er an veräußerlichem Werth besitzt, verdankt. (McCulloch, „Principien der politischen Ökonomie“, 2. Bd., 1. Abschn.) „Rein Reichtum irgend welcher Art kann ohne Arbeit hervorgebracht werden.“ (Professor Henry James [Cambridge], „Handbuch der politischen Ökonomie“, S. 13.)

Die nutzbringende Seite, die einige gelehrte Schriftsteller in den verschwenderischen Ausgaben des nichtthunenden Reichthums entdecken zu haben glauben, erweist sich auf einmal als bloße Illusion. Die politische Ökonomie liefert keinen derartigen Deckmantel für maßlose Selbstsucht. Nicht als ob ich ein Wort gegen die Heiligkeit von Beträgen sagen wollte. Aber ich halte es sowohl aus moralischen wie aus ökonomischen Gründen für wichtig, darauf zu bestehen, daß kein öffentlicher Vortheil irgend welcher Art aus der Existenz einer nichtthunenden reichen Klasse fließt. Der Reichtum, welcher von ihren Vorvätern und Andren für sie an-

*) „Gesellschaft der Fabier“ nennt sich ein sozialistischer Verein in England, der sich folgendes Motto als Richtschnur seines Vorgehens gewährt: „Auf den richtigen Moment müßt Ihr warten, wie es Japhet, als er gegen Hannibal kämpfte, mit so außerordentlicher Geduld gethan, obwohl viele sein Jaudern tadelt. Aber wenn die Zeit kommt, so müßt Ihr wie Japhet kräftig loschlagen, sonst wird Euer Warten umsonst und ohne Nutzen gewesen sein.“

**) Im Interesse der deutschen Leser sind überall auch die Titel der Werke in's Deutsche übersetzt. (D. Heber.)

gekauft worden ist, würde, wenn er als Kapital angemeldet würde, ohne Zweifel dazu beitragen, die Industrie zu fördern; aber das, was sie in Bezug auf Faulheit aufbrauchen, ist nicht Kapital, und hilft zu nichts weiter als zum Unterhalt ihres eigenen nutzlosen Daseins. Unter allen Umständen müssen sie ihre Renten und Interessen haben, wie es in ihrem Schrein geschrieben steht; aber laßt sie nur ihren besonderen Platz als Drogen im Drogenladen einnehmen und sich vollständig bei einem Schmause, zu dem sie nichts beigetragen haben." (John Elliott Cairnes, Professor, "Einige Grundprinzipien der politischen Ökonomie," S. 32, London 1874)

III. Wer die Arbeiter sind.

Diejenigen Individuen, welche erklären, daß sie in irgend einer Weise an der gesellschaftlichen Arbeit mitwirken, zerfallen nach dem letzten Zensus in folgende Kategorien:

	Männliche	Weibliche	Total
Industrie	5,899,720	2,097,809	7,997,529
Landwirtschaft	2,435,589	215,108	2,650,697
Handel	1,158,155	26,844	1,184,999
Dienende	817,568	2,088,668	2,406,236
Sonstige Berufe	652,943	288,919	941,862
	10,464,255	4,716,848	15,181,103
Unbeschäftigte unter 20 Jahren	6,101,230	6,611,218	12,712,448
Unbeschäftigte über 20 Jahren	407,169	6,584,133	6,991,302
	10,972,654	17,912,194	34,884,848

(Zusammengestellt nach dem Zensus von 1881; Zensus für England und Wales, S. — 3,797; Schottland, S. — 3,657; Irland, S. — 3,365.)

Unter den als Arbeiter aufgeführten sind natürlich viele, deren Beschäftigung rein nominell ist. Die betreffenden Zahlen werden durch die sogenannten „stillen Theilnehmer“, die undiplomierten Juristen, Invaliden, Bauperson, Gefangene und Pfandbesitzer aller Art künstlich erhöht. Viele Tausende liegen außerdem Beschäftigungen ob, die nutzlos oder auch für die Gemeinschaft positiv von Schaden sind; andere arbeiten ehrlich, aber (in der Eigenschaft von Diensthofen oder gewerblich Angestellten zum Beispiel) für den persönlichen Komfort von Genußmenschen, und müssen daher, soweit die Produktion in Betracht kommt, selbst als unthätig angesehen werden.

Nichtbedeutender waren es im Jahre 1881: 407,169 erwachsene Männer (einer auf einundzwanzig), welche nicht einmal den Schatten einer Beschäftigung zu haben behaupteten. Der größte Theil dieser bilden das Gros der faulen Reichen, „das große soziale Uebel einer nicht arbeitenden Klasse.“ (J. St. Mill.)

IV. Wie die faulen Reichen leben.

„Woher stammt ihre Kaufkraft? Sie steigt nicht vom Himmel zu ihnen herab, noch ist sie per unterirdischen Telegraph von Kalifornien oder Australien erlangt; ebensowenig ist ihre Entstehung erschöpfend nachgewiesen durch das Vorhandensein gewisser Zahlen auf der Reibungsfläche ihrer Rechnungen in der Bücherei ihrer Bankiers.“ (Prof. Cairnes.)

„Sie leben hauptsächlich von den Theilen des Nationalprodukts, welche man Rente und Interessen nennt, und die auf der, ihnen gesetzlich gewährten Garantie an den Früchten der Arbeit und Entschädigung Anderer beruhen, die ihnen ohne eigenes Verdienst und Arbeit zufließen.“ (J. St. Mill.)

„Es ist augenscheinlich, daß die Rente die Wirkung eines Monopols ist.“ (J. St. Mill.)

„Das Monopol in allen seinen Formen ist die Besteuerung des Fleißes zum Unterhalt der Faulheit, wenn nicht des Raubes.“ (J. St. Mill.)

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 29. März 1887.

— Man soll vom Feinde lernen, lautet ein altes und sehr weises Sprichwort. Es wird uns durch die in verschiedenen Zeitungen zu findende Nachricht in's Gedächtnis gerufen, die Wahlkommission der Ordnungsparteien wollten sich nicht auflösen, sondern in Permanenz bleiben und ihre agitatorische und organisatorische Thätigkeit mit Rücksicht auf die künftigen Reichstagswahlen fortsetzen.

Das ist ein vortrefflicher Plan. Und wir rufen den Herren Ordnungsparteilern ein aufrichtiges Bravo zu. Um so aufrichtiger, als es eigentlich selbst gilt. Denn diese Idee stammt von den Sozialdemokraten, ist in den Parteiorganen wiederholt bekräftigt worden und war auch eine Zeitlang durchgeführt, ist aber in neuerer Zeit etwas in Vergessenheit gerathen, allerdings unter Umständen, welche es sehr begreiflich und verzeihlich erscheinen lassen.

Schon zu Anfang der 70er Jahre schrieb der „Volksstaat“, nichts könne wichtiger sein, als die Wahlkampfthätigkeit auf die Wahlkampagne im engeren Sinne zu beschränken. Schlachten werden in der Regel nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen, Kampagnen nicht während der Kampagne. Der Sieg muß durch die Vorbereitungen „organisiert“ werden. Das Schicksal der Schlachten und Kampagnen ist — von seltenen Ausnahmen abgesehen — schon entschieden, ehe die Armeen sich gegenüberstehen. Nur Kinder und Köhlerglaubige glauben noch an das Märchen von dem „genialen“ Bild wunderbarer Feldherren, die, wie mit Zauberstab, durch ihr persönliches Eingreifen im Ru das Schlachtenglück wenden und verlorene Schlachten zu gewonnenen machen. Wer etwas von Militärwissenschaft und Kriegsgeschichte versteht, weiß, daß derjenige siegt, welcher die meisten, die bestverpflegten und bestausrüsteten Truppen an einen gegebenen Punkt bringen kann. Und das ist Sache der Vorbereitung. Und darum haben die Franzosen mit Recht Carnot, der nie eine Armee befehligte, aber für die Vorbereitungen zu den Schlachten und Feldzügen gesorgt hat, den „Organisator der Siege“ genannt.

In genau derselben Weise haben auch die Wahlkämpfe und Wahlkampfzüge vorbereitet zu werden.

So ungefähr sprach sich schon vor anderthalb Jahrzehnten der „Volksstaat“ aus, und ähnlich haben mehr als einmal die Parteiorgane sich selbstem ausgesprochen. Und unsere Partei hat auch diese Erkenntnis in die Praxis umgesetzt und ihren agitatorisch-propagandistischen Beruf außer Augen gelassen. Allein jetzt, wo unsere Feinde, durch uns belehrt, die ausschlaggebende Wichtigkeit der Agitation und Organisation auch außerhalb der eigentlichen Wahlzeit eingesehen haben, ist unsere Aufgabe wesentlich gesteigert — das bisherige Maß der Agitation, Propaganda und Organisation genügt nicht mehr, — es muß, den Verhältnissen entsprechend, vermehrt und erhöht werden.

Die Genossen in Deutschland sind sich dessen sehr wohl bewußt; und die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen haben bereits in allem Ernste begonnen.

Natürlich wird uns die Sache nicht so leicht gemacht wie den Herren Ordnungsparteilern. An verschiedenen Orten hat die Polizei schon die sozialdemokratischen Wahlkommissionen aufgelöst, und weitere Maßnahmen in dieser Richtung sind zu erwarten. Was einem Ordnungsmann recht ist, ist einem Sozialdemokraten nicht billig, im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte — trotzdem stämmige Verfassungen der deutschen Bundesstaaten die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz als Grundlage des Staatswesens hinstellen.

Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß vor den Wahlen in konservativen Zeitungen, u. a. auch in der „Leipziger Zeitung“, dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung — das beiläufig auf unsere verschiedenen Anfragen noch nicht geantwortet hat — Organisations- und Agitationspläne veröffentlicht wurden, die, hätte ein sozialdemokratisches Blatt sie veröffentlicht, unbedingt eine Anklage auf Grund der Paragraphen 128 und 129 nach sich gezogen hätten.

Indes wie dem sei, wir kennen die Gerechtigkeit unserer Polizei und unserer Herren Richter und — wir werden uns die Freiheit nehmen, nach unserer Façon fest zu werden, d. h. unsere Parteigeschäfte so zu besorgen, wie es für unsere Partei am heilsamsten ist.

— Zur Naturgeschichte der deutschen Studenten. Bei der letzten Reichstagswahl ließen sich die Studenten mehrerer Universitäten, namentlich der Leipziger, von den „Ordnungsparteien“ als Bediente und Schlepper gebrauchen. Bierselig und von Zeit zu Zeit die „Wacht am Rhein“ johlend, holten sie „saumfellige Wähler“ aus den Häusern, bedrohten furchtame Wähler an den Wahllokalen, kurz, spielten eine hervorragende Rolle bei dem Reichs-Abbau, den die Ordnungsparteiler anstelleten. Zum Lohn hatten sie Freiheit am Wahltag und durften nach der Wahl sich auf Regimentsunkosten einen reichstreuern Siegeszug mit obligatem Rater anschaffen. In Leipzig vollzog sich das Alles unter Direktion des berühmten Sparig, der, wie wir schon früher mittheilten, bei einer solchen patriotischen Sauferei das Amt des Ehrenpräsidenten bekleidet.

Mit diesen deutschen Studenten, die aus der Servilität ein Geschäft machen und sich für die künftige Anstellung einen rothen Rock verdienen wollen — mit dieser ideallosen, im Anekdoten verkommenen Jugend der Bourgeoisie vergleiche man die Jugend des Proletariats, die jungen Arbeiter, die, von der Polizei gejagt und verfolgt wie wilde Thiere, den Taglohn preisgebend, oft hungernd und feiernd, für die Partei der Unterdrückten wirken, Stimmzettel und Flugblätter verteilen, den Rohheiten und Drohungen der Gendarmen, Polizisten und ordnungsparteilichen „Gentlemen“ spottend Trotz bieten, ihre Freiheit, Gesundheit und Existenz opferfreudig auf Spiel setzen und durch ihre hingebende, rastlose, zielbewusste Arbeit das glorreiche Ergebnis der letzten Wahl ganz wesentlich herbeiführen.

Wer von wahrer Größe, von wahrem Geistes- und Herzensadel einen Begriff hat, kann, vor die Alternative gestellt, ob der Jugend der Proletariats oder der Jugend der Bourgeoisie die Palme zu reichen sei, auch keinen Augenblick schwanken.

Und in der Jugend liegt die Zukunft.

Eine Nation, eine Klasse, deren Jugend verkommen ist, geht unrettbar dem Untergang entgegen; und der Nation oder Klasse, deren Jugend den Blick auf das Ideale gerichtet hat und voll begeisterten Schwunges hohen Zielen zustrebt, ist ein blühendes Leben gesichert, gehört die Zukunft. Der Bourgeoisie ist der Verfall sicher — ihre Jugend bürgt dafür. Dem Proletariat ist der Sieg sicher, die Arbeiterjugend bürgt dafür.

Vorstehendes hatten wir gerade geschrieben, als und die wunderliche Rede zu Gesicht kam, welche der alte Wilhelm in Berlin an die Studentenabordnung hielt, welche ihm zu seinem 90. Geburtstag geschickt hatte. Psychologisch ist der Erguß insofern von einer gewissen Bedeutung, als er uns zeigt, wie der unglückliche Heldengreis bearbeitet wird. Die Ausübung des Reichstags war ein schwerer und unterfreudiger Entschluß — aber die Bearbeitung dauerte solange, bis der Entschluß doch gefaßt war. Und daß die neuen Wahlen das Herz des Beschlußfassers erneuen mußten, versteht sich nach der vorangegangenen Bearbeitung eigentlich von selbst.

Wichtiger ist das Lob, welches den deutschen Studenten für den jetzt auf den Universitäten herrschenden Geist und für die Thätigkeit bei den letzten Wahlen gezollt wird.

Der auf unseren Universitäten herrschende Geist ist der Geist fleißiger Boller, rohester Kaufmann und niedrigsten Strebertums. Und dieser Geist wird vom Aller-Allerhöchsten Munde gepriesen! Der Kaiser hat seinem Kaiserreich den Werthstempel aufgedrückt.

Und die Thätigkeit der Studenten bei den letzten Wahlen!

Sie waren, wiederholen wir, die „Schlepper“ und Handlanger der Ordnungsparteilichen, freiwilligen Polizisten, Spitzel und Denunzianten, Kollaborateure der Kriegsbürokratie — kurz, die Werkzeuge von Subjekten wie Sparig und Konforten!

Indem der Kaiser den Studenten für diese Wahlthätigkeit dankt, hat er den letzten Wahlen den Werthstempel aufgedrückt.

Beiläufig glaubt man in Berlin vielfach, daß die vom „Reichsanzeiger“ dem Kaiser in den Mund gelegten Worte gar nicht von ihm gesprochen worden seien. Und das ist auch keineswegs unglücklich, ändert indes nichts an der Thatfache, daß das herrschende System die blühende Jugend, das heißt die künftigen Beamten, methodisch zur Brutalität und Servilität erzieht, und daß jede Gelegenheit, auch die am wenigsten geeignete — und welche könnte ungeeigneter sein als jetzt die Feier des Geburtstages eines dem Grabe zumanfenden Greises? — dazu benutzt wird, diesen Geist zu pflegen.

Was nun den Festnummern selbst betrifft, so ist er genau so ausgefallen, wie er ausfallen mußte. Der Knechtsinn hat die unglaublichen Burgenbäume geschlagen, und mit Aufnahme der Sozialdemokraten haben alle Parteien sich an dieser Orgie häßlicher Niedertracht betheiligt. Auch die demokratische.

So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ des Herrn Sonnenmann am Vorabend des „großen Nationalfestes“:

„Des Deutschen Reiches Grenzen werden morgen, ins Ungeheure erweitert, sich mit den Grenzen der bewohnten Welt decken; soweit die deutsche Junge flingt, wird man den Tag festlich begehen, an welchem der erste Kaiser des Deutschen Reiches das neunzigste Lebensjahr vollendet, wird man dem Greise huldigen, dessen Haupt in gleicher Pracht und Fülle der Vorher des Krieges und des Friedens schmückt. Die Geschichte hat kein Fest dieser Art zu vergleichen, das Blatt, das ihr damit zu Theil wird, ob es wohl niemals wieder seines Gleichen haben wird?“

„Von der Feier und Huldigung wird sich keine Partei ausschließen wollen, sie hat nichts mit den Kämpfen des Tages, nichts mit den politischen und sozialen, mit den konfessionellen oder nationalen Gegensätzen zu thun, und schwer würde sich an der Feier selbst, wie an der Person des Gefeierten verhandeln, wer dem Tage das Gepräge einer einseitigen Parteilichkeit geben wollte. Was uns zur Ehrfurcht zwingt, was Freude und Stolz in uns wachruft, ist etwas rein Menschliches und darum etwas Allgemeines; wir ehren das seltene Alter eines Greises, dem es beschieden ist, der Stolz seiner Nation, ein leuchtendes Vorbild für die ganze Welt zu sein.“

„Ein Vorbild insbesondere für treue Pflichterfüllung in steter Arbeit, für die glänzende Erfüllung des Wortes, daß der Fürst und Herrscher der erste Diener des Staates ist. Ein Hohenzoller war es, der damit dem modernen Königtum seinen hohen Ruf vorgezeichnet, von allen seinen Nachfolgern hat keiner diesen Ruf in seiner Ausdehnung und Tiefe so erfüllt wie Kaiser Wilhelm.“

Und so weiter.

Daß der Mann, mit welchem so ekelhafter Götzendienst getrieben wird, am 18. März 1848 das unbewaffnete Volk von Berlin aus dem Winterhause überfallen ließ; daß er 1849 die Vorkämpfer des deutschen Freiheits- und Einheitsgedankens niedermekeln und standrechtlich ließ; daß er 1868 einen schmachtvollen Druckertrug begann und im dynastischen Interesse Deutschland gescheiterte, daß er durch die Verschüttelung Deutschlands 1870 den Krieg mit Frankreich herbeiführte, der Hunderttausenden den Tod, Millionen Trauer, Elend und Ruin gebracht hat; daß er der gegenwärtigen Ära des Sozialistengesetzes, des Spitzelregiments, der Korruption das Siegel seines Namens gegeben hat — das Alles schreit der „Frankfurter Zeitung“ unbekannt zu sein.

Nun, wir haben es nicht vergessen, wir wollen uns aber auch nicht ereifern. Wenn die Servilität solche Höhen treibt und die Monarchie derartige hyperbiontische Anbetung heischt, dann geht es schon stark abwärts mit der Monarchie und dem Götzen, dessen sie zu ihrer Götze bedarf.

Uebrigens braucht man bloß die Schilderungen der Geburtstage Napoleons, des sogenannten Dritten, zu lesen, und man wird finden, daß unsere deutschen Skribenten und Poeten, verglichen mit den französischen, doch noch armselige Stümper sind. Selbst beim Spitzelkaiser bewahrt der Franzose noch eine gewisse Anständigkeit, während der Deutsche dabei die edelsten Manieren des Sozialisten hat.

Und was sagt man heute — 15 Jahre nach seinem Tod — von Napoleon?

Und was wird man in 15 Jahren von seinem deutschen Nachfolger sagen?

— Prozentpatrioten. Wenn man die nationalserbischen deutschen Blätter liest, so sollte man meinen, es gebe keine tugendhafteren Patrioten auf der Welt, als die deutschen Offiziere. So ein deutscher Offizier ist der verführte Ehemann; allen materiellen Einflüssen unzugänglich, läßt er von allem seine Hände, was in Punkt Ehre, Patriotismus und gute Sitte nicht ganz reinlich und zweifelsohne — wenn wir nämlich dem glauben, was wir im politischen, feilheitsnischen u. dgl. dieser Blätter lesen. Nun gibt es aber eine Abtheilung, wo die sonst allmächtige konventionelle Lüge einem mächtigeren Herrscher sich gegenüberstellt, und ihm gegenüber das Feld räumen muß, sobald die beiderseitigen Interessen kollidieren. Dieser Gegner heißt: der Geldpunkt, und das Schlachtfeld der Handelskriege. Vor dem Geld, dem allmächtigen Herrscher unserer Zeit, beugen seine Vorurtheile, keine Standesunterschiede, vor Gott Mammon geben sich die Menschen, wie sie sind. Und wenn Gott Mammon seine Stimme erhebt, so schont er auch keinen Nimbus, keine Traditionen, die mit seinen heiligen Interessen im Widerspruch stehen. Dann kennt er nichts als die Wahrheit, die reine, unerschütterliche Wahrheit.

Im Handelskriege der sehr lokalen Münchener „Allgemeinen“ stehen wir vor einigen Tagen auf einem Artikel, überschrieben „Der Offizier als Kapitalist“, in welchem bitter darüber gesagt wird, daß sich die deutschen Offiziere nicht mit den tugendhaften 3%, und 4 Prozent solcher deutscher Kapitalanlagen begnügen, sondern in höchst bedenklicher Weise sich nach den 5 und mehr Prozent auswärtiger Anleihen gelassen lassen.

„Es wird nunmehr“, lesen wir da, „soweit uns bekannt, von den Offizieren vor Erteilung der Heiratsbewilligung bezüglich der Nachweise verlangt, daß sie eine bestimmte Rente genießen oder eine gewisse Summe von Werthpapieren besitzen. Bei der erstmaligen Vorlage oder Bezeichnung solcher wird allerdings auf ihren „Charakter“ gesehen, und es sind uns Fälle bekannt, daß sich militärische Beförderungen bei Handelskammern Aufschlüsse über verschiedene Werthpapiere erholten — aber damit ist die Sache erledigt. Was dann mit „diesen“ Werthpapieren geschieht, ob sie nicht schon in der nächsten Stunde gegen höher verzinstliche vertauscht werden, entzieht sich einer Kontrolle. So ist ein Fall bekannt, in welchem sich 4%ige bayerische Staatsobligationen und 3%, 4%ige Reichsanleihen in kürzester Zeit in russische, serbische und portugiesische Obligationen verwandelt haben. Ein Umstand, der dem betreffenden Besitzer erstens sicherer schon bei dem allerersten kleinen Rückgang dieser „Werthe“ Kasperbrechen verursacht. Wie dieser eine Fall, liegen wohl mehrere, und wir müssen mit Bedauern konstatieren, daß sich viel zu viel fremde Papiere in den Besitz unserer Offiziere eingeschlichen haben. Für den altmodischen Offizier nun eignen sich Anlagen in ausländischen und besonders exotischen Papieren am allerwenigsten. Abgesehen von dem meist nicht vorhandenen und wohl auch nicht zu verlangenden Verständnis bei der Auswahl derselben ist der Offizier nicht einmal im „Frieden“ in der Lage, den Bewegungen der einzelnen Papiere zu folgen. ... Und gar erst in kritischen Zeiten, im Falle eines Krieges! Wenn überhaupt Zeit und Gelegenheit vorhanden ist, „diese“ Papiere zu verkaufen, so kann es nur mit ungeheuren Opfern geschehen, wenn nicht, so zieht der Offizier ins Feld, und die vom Staat aus beabsichtigten Gründen verlangt, finanziell sichergestellte Lage seiner Offiziere oder deren Angehörigen hat mit einem Male eine sehr „unerwünschte“ Gestalt angenommen. ... Wir haben absichtlich nur „praktische“ Gesichtspunkte für die von uns geäußerte Ansicht ins Feld geführt, es Anderen überlassen, die ebenso wichtige politische und patriotische Seite der Angelegenheit zu beleuchten; wir haben überhaupt nur eine Anregung gegeben und die Aufmerksamkeit der kompetenten Kreise auf einen offenbar vorhandenen „Rißhaud“ lenken wollen.“

So weit der praktische Handelspolitiker, der zweifelsohne seine sehr guten Gründe hatte, die Aufmerksamkeit der „kompetenten Kreise“ herauszufordern. Wir wollen aber auf diese sehr naheliegenden Motive nicht weiter eingehen, sondern begnügen uns mit der Anmerkung, daß von ihm „mit Bedauern konstatieren“ Thatsache. Recht nett, nicht wahr, diese Geschichte von den Offizieren, die „in kürzester Zeit“ ihre nationalen Papiere in internationale verwandelt! Der christlich-gemane Charakter des deutschen Offiziers, auf den das Gerücht von der „Kreuzzeitung“ u. dgl. nicht genug pochen kann, erscheint dadurch in ganz eigenthümlicher Beleuchtung, die freilich nur den über raschen kann, der sonst nie Gelegenheit hatte, hinter die Roullissen zu schauen.

Wer aber Zeuge gewesen, wie die blaustätigen, mit Titeln und Orden überladenen Herrschaften in den Zimmern knoblauchduftender Kommerzienräthe in lordlicher Weise verkehrten, nicht etwa, um Stimmung von Schulden zu erlangen — das wäre ja noch das Wenigste — sondern um mit Herrn Ephraimsohn ein Geschäftchen in Fonds oder Produkten zu entwerfen, wer es miterlebt, wie Grafen und Barone aus der intimsten Umgebung des „Allerhöchsten“ gegen ein gutes Trinkgeld für Silberstein, Goldberg und Kompagnie begehrte Anleihen subskribierten, — die hohen Herren werden bei der Zeichnung natürlich stets bevorzugt — dem sagt der obige Artikel absolut nichts Neues.

So irrt sich der Artikelverfasser sehr, wenn er meint, daß die Offiziere nicht im Stande seien, den Bewegungen der einzelnen Papiere zu folgen. Die Herren sind keineswegs die unschuldigen Verführten, als die er sie hinstellen möchte. Es gibt wahre Rolite des Kurzschlages unter ihnen. Und so antisemitisch „Kreuzzeitung“, „Reichsbote“ u. dgl. auch gegeben, sie haben so gut ihren Bessentheil wie die freisinnige „Judenpresse“. Außerdem läßt auch gerade die „Börse“ und „preffe“ an Logik nichts zu wünschen übrig. Die Börsezeitung des Herrn Rühlisch gereicht seinem Militarismo zu Unrecht.

Statt patriotischer bayerischer 3%, Rentenbriefe 5%, Russen, in der That allerliebste. Bei der gespannten Situation zwischen Deutschland und Ausland lassen sich hübsche Verse darauf machen. So z. B.: „Ein rechter deutscher Mann kann seinen Russen leiden, doch ihre — Zinsen nimmt er gern“ u. dgl. Oder sollte doch ein patriotischer Sinn im kindischen Spiele liegen, und unsere Offiziere nur dazu russische Papiere kaufen, um aus ihnen, für spätere Fälle — russisch zu lernen?

— „O diese abscheulichen Sozialdemokraten! Sie politischen Widerstern gegenüber so hoch zu setzen! Man sieht doch gleich, daß die Sozialdemokraten schlimmer sind als andere Menschen!“ So, wenn auch nicht wörtlich, doch genau dem Sinne nach wünscht das „Leipziger Tageblatt“, weil die Sozialdemokraten einiger Vorladbörser bei Leipzig mehreren Wörtern, die sich während der letzten Wahl unanständig benommen haben, ihre — Randschaft nicht mehr zuwenden wollen. O diese abscheulichen Sozialdemokraten! Daß in Sachsen allein ein paar tausend Arbeiter wegen ihrer Thätigkeit in der letzten Wahlkampagne von Ordnungsparteilern auf Pfahle geworfen und auf die „Schwarze Liste“ gesetzt, also positiv zum Hungertode verurtheilt worden sind, das ist natürlich ganz in der Ordnung. Denn es sind ja „Ordnungsparteiler“, die diese Schandthaten verübt haben. Und was die Ordnungsparteiler thun, ist wohlgethan. Ja, diese abscheulichen Sozialdemokraten! Sie sind so hoch, die Wörtern, die ihnen ihre Fälle für Versammlungen abgeschlagen, und in Wahlausruhen mit ihrer Unterschrift jeden Sozialdemokraten für einen Vaterlandsverräter und sonstigen Verbrecher erklärt haben — kein Bier mehr trinken zu wollen! Ganz leutselig, diese Handlungsweise der Sozialdemokraten. Was aber wird das „Leipziger Tageblatt“ erst sagen, wenn diese Schandthaten von Sozialdemokraten in das bis jetzt vereint gebliebene Vorgehen der Parteibewegung und es verallgemeinern? Und nun Scherz bei Seite: Wir sind — und das haben wir schon früher gesagt — keineswegs der Meinung, daß politische Gegnerhaftigkeit zu persönlicher Feindschaft, und zum Abbruch des persönlichen Verkehrs, also auch des Verhältnisses von Käufer und Verkäufer führen soll. Und wir würden es sehr bedauern, wenn einem Geschäftsmann, der nicht unserer Partei angehört, aber sonst ein ehrlicher Mann ist und sich anständig benimmt, seitens unserer Parteigenossen die Randschaft entzogen würde.

Allein anders steht die Sache, wenn der politische Gegner seine Gegnerhaft in gehässiger und unanständiger Weise bekundet. Und ein Geschäftsmann, welcher unsere Partei durch unehrliche und anständige Mittel (wie Saalverweigerung oder Saalabtreiben) zu schädigen sucht, und der uns in pöbelhafter Weise beschimpft,

Kann auf Rücksichtnahme keinen Anspruch machen — er hat nur den verdienten Lohn für seine Handlungen, erntet nur, was er gesät hat. Und er muß ein doppelt erbärmlicher Bursche sein, wenn er hintennach noch jammert und winselt. Wer uns schlägt, den schlagen wir wieder, und wo irgend möglich, mit zwiefacher Wucht. Und die Burschen, an welchen unsere Genossen in den Leipziger Vorstadtbrütern jetzt ein Gegenbild statuiert haben, verdienen ihr Schicksal im vollen Maße. Daß sie von den „Arbeitergroßen“ leben, das hätten sie sich früher sagen sollen; das Anfluge ihres Thuns — von der Moral gar nicht zu reden — ist ihnen rechtzeitig vorgestellt worden. Und wer nicht hören will, muß fühlen. Unsere Genossen würden sich einer wahrhaft sträflichen Schwäche schuldig gemacht haben, hätten sie anders gehandelt. Brutalen Gegnern muß man seine Macht zeigen. Und das Interesse der Partei erfordert es, daß wir den unanständigen Gegnern durch ein nicht mißzuverstehendes argumentum ad hominem den Rachweis liefern, daß gewisse Waffnen zweischneidig sind, und daß wir keine Lust haben, uns als Ambos und Prägelungen gebrauchen zu lassen.

Wir bedauern nur eines: daß unsere Genossen dies noch nicht genügend begriffen haben, und daß sie ihre sauer erworbenen „Arbeitergroßen“ noch in zahlreichen Fällen Personen zuwenden, die in trivialster Art unsere Partei verunglimpfen und zu uns schädigen beflissen sind.

Wenn die Arbeiter zusammenhalten, können sie mit Leichtigkeit einen großen Theil der niederträchtigen Praktiken, unter denen sie jetzt leiden, und namentlich bei der letzten Wahl zu leiden hatten, zu nichte machen — es gibt sehr wenige Wirthe und Geschäftslente, die nicht von der Arbeiterklasse abhängig wären, und in dieser Thatsache liegt eine gewaltige Macht der Arbeiter, von der vollen und systematischen Gebrauch zu machen, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht jedes Parteigenossen ist.

Zu dieser Forderung der Taktik kommt die Forderung des einfachsten Selbstgefühls. Kann ein Arbeiter, der ein Fünftel von Kanneholz besitzt, der Gast oder der Kunde eines Mannes sein, der ihn auf das Schmachlichste beschimpft und in seinen Interessen zu schädigen sucht?

Wer dies nicht einseht, stellt sich das denkbar ungünstigste Zeugniß aus.

Und noch eins: Finden wir uns jetzt nicht im Kriegszustand? Sind wir nicht dem Treiben der Feinde gegenüber durch die einfachsten Regeln der Nothwehr zu Repressalien gezwungen? Können wir dieses Schwert aus der Hand geben? Würde das „Leipziger Tageblatt“ uns nicht ob so alberner Sentimentalität auslachen?

Nein, die Genossen der Leipziger Vorstadt-Brüder haben Recht, und wir wollen bloß hoffen, daß ihr Beispiel überall, wo Veranlassung vorhanden ist, Nachahmung finden möge. Und auch hier gilt das: bis dat, qui cito dat. Je rascher der Schlag geführt wird, desto besser. Je rascher und je kräftiger!

— Nationalliberale Unversorenheit. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ heißt es, die reichseindlichen Klagen, daß bei der letzten Wahl auffallend viel Unregelmäßigkeiten und Ungeheuerlichkeiten vorgekommen seien, entbehren jeder Begründung.

Beweis: es sind weniger Wahlproteste eingelaufen als das letzte Mal.

Die letztere Thatsache ist richtig, hat aber ihren Grund darin, daß gerade in Folge der kolossalen Beeinflussungen in manchen Wahlkreisen die Kartellbrüder so bedeutende Majoritäten errangen haben, daß die Wähler es — zumal bei der servilen Majorität dieses Reichstags — für aussichtslos hielten, einen Wahlprotest nach Berlin zu schicken.

Der angelegliche „Beweis“ der „Nationalliberalen Korrespondenz“ beweist also genau das Gegentheil von dem, was er beweisen soll.

Uebrigens wollen wir doch den Genossen in denjenigen Wahlkreisen, welche keinen Protest erlassen haben, den Rath geben, die Hauptwahlkardale festzuhalten und in Gestalt von Petitionen dem Reichstag zur Kenntniß zu bringen, von jeder solchen Petition aber einem sozialdemokratischen Abgeordneten eine Abschrift zukommen zu lassen. So wird wenigstens die Brandmarke des Ordnungsgesindeis ermöglicht.

Die Petitionen müßten Anträge auf Abänderung des mangelhaften Wahlgesetzes und auf Erlass von Gesetzen zum Schutz der Wähler und zur Bestrafung der Eingriffe in die Wahlfreiheit u. dgl. enthalten.

— Wo man in Preußen noch immer heidenmässig viel Geld hat. Bei Arbeitern, Invaliden u. s. sieht man in Preußen bekanntlich sehr scharf darauf, daß sie ja nicht doppelte Einnahmen bezw. Unterhaltungen erhalten. Der Staat braucht Geld und muß sparen. Etwas anderes ist natürlich, wo es sich um Minister, Bischöfe u. s. handelt; da haben wir noch immer „heidnisch viel Geld“. Die Putzkamer für seine unschätzbaren Dienste nicht nur doppeltes Ministergehalt einfordert, sondern auch Reichseinkünfte für eine Kammerwohnung, die er gar nicht braucht, wenn er sich nicht einen Doppelgänger zulegt, wissen unsere Leser, und würdigen daher das Angstgeschrei, das der arme Tugendbock jetzt in der Befürchtung ausstößt, daß ihm die Beute von seinem Kartellbruder „Schmied“, der von der Diözesanogelbsteicherei her auch für so etwas „Schmied“ hat, entziffen werden könnte. Aber die Putzkamer'schen 2 x 36,000 Mark stehen nicht allein da in Preußen. So bringt der ob des Kulturfriedens mitgewordene „Katholische Warte“ in einer seiner letzten Nummern folgende interessante Enthüllung aus der Diözese Köln:

„Man erinnert sich, daß, als Herr Melchers nach Rom versetzt wurde, in der Erzdiözese Köln eine Geldsammlung stattfand, um ihm einen seiner Stellung entsprechenden Unterhalt zu verschaffen. Nach einiger Zeit ließ er in der Kirche verkündigen, durch eine Fügung der göttlichen Vorsehung sei es geschehen, daß er solcher Unterstützung nicht bedürfte; er werde das bereits gesammelte Geld zu wohltätigen Zwecken verwenden. Ich weiß jetzt, worin die Fügung bestanden hat. Die römische Kurie erklärte, den neuen Kardinal nicht bedürfen zu können und auf eine Entfernung desselben von seinem erzbischöflichen Stuhle nur einzugehen, wenn die preussische Regierung ihm seine 86,000 Mark, auf die er als Kölner Erzbischof Anspruch habe, belasse. Die Regierung ging darauf ein und der Handel kam zu Stande: Melchers 36,000, Krenn 30,000, macht zusammen 72,000 Mark. Der preussische Fiskus bezahlt also jetzt zwei Erzbischöfe, oder, wenn Sie wollen, einen nicht im preussischen Etat stehenden Kardinal mit dem Gehalte eines Erzbischofs, das er in Rom im Interesse des Papstes verzehren darf.“

Recht nett, in der That. Inwiefern, wie gesagt, „wir haben ja dazu“ und „wir“ brauchen nicht einmal die Volksvertretung zu fragen. Im preussischen Etat findet sich nämlich, wie die „Frankfurter Zeitung“ konstatiert, kein Zitel für Herrn Melchers, aber — es gibt da allerlei Dispositionsfonds, von deren Verwendung, wie man nicht weiß, „Sollte etwa“ — fragt das volksparteiellste Blatt, „die Fügung der göttlichen Vorsehung Herrn Melchers da untergebracht haben?“ Darauf wird die weltliche Vorsehung, Regierung genannt, Antwort zu erteilen haben.

Wenn es ihr paßt. Sonst nicht, denn sie ist ja für diese Dispositionsfonds Niemand verantwortlich.

Ein Kardinal, der aus dem Topf des Reptilienfonds gefüttert wird, das ist in der That eine „wunderbare Wendung durch Gottes Fügung“. Freilich, schon Altmeyer's Götze sagte: „Die Kirche hat einen guten Rachen“ und „kann ungerechtes Gut verdauen“.

Wohl bekannt's, rufen wir, und mit uns hoffentlich Geyssens — Windhorst.

— Bravo! Offenheit ist unter allen Umständen eine schätzbare Eigenschaft, und so begrüßen wir es denn auch mit aufrichtiger Freude, wenn unter dem Schutz der Bismarck'schen Polizei- und Rüstungsmacht — denn sonst hätten sie schwerlich den Rath dazu — die deutschen Schornsteinbarone und ihre Kamelken offen und rückhaltlos den Grundriss präsentieren, daß der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft zugleich auch sein geistiges Ich, seine Ueberzeugung verkaufe, auf das Recht

einer selbständigen Meinung keinen Anspruch habe. Das ist mit bärren Worten der Restrain, der jetzt durch die ganze Regierungs- und Fabrikantenpresse geht, als Antwort auf das mit jedem Tag sich häufende Beweismaterial für die beispiellose Entfaltung des Beeinflussungsapparates bei der letzten Reichstagswahl.

Aus den vielen Beschönigungsversuchen — nicht doch, Beschönigung klingt noch viel zu sehr nach Entschuldigung — aus den vielen derartigen Pronunziamenten des Ausbeuterabsolutismus, die uns vorliegen, wollen wir für heute nur eine herausgreifen. Sie betitelt sich: „Das Hausrecht des Industriellen“ und ist enthalten in der „Deutschen Eisenzeitung“, offizielles Organ des „Verbands deutscher Eisenindustriellen“.

Der Artikel eröffnet eine objektiv sein sollende Betrachtung über die allgemeine Art des Wahlkampfes, daß jede Partei einen möglichst großen Einfluß auf die Stimmen der Arbeiter auszuüben suche, die bösen Sozialdemokraten selbstverständlich durch „große Versprechungen“, denen der „Arbeitgeber“ machtlos gegenüberstehe, wenn er nicht von seiner Freiheit, seine Arbeitskräfte nach Belieben auszuwählen, den nöthigen Gebrauch mache. Denn „die wirkliche Freiheit kann unmöglich eine einseitige sein.“

Man sieht, die „Freiheit“ muß auch hier eine Rolle spielen. „Freiheit, die ich — d. h. der Geldprophet — meine.“

Und wie sieht diese Freiheit aus? „Es wäre eine gänzliche Verleugung der tatsächlichen Verhältnisse“, plaudert das Unternehmerr reptil weiter, „zu behaupten, daß politische Anschauungen und Bethätigungen etwas völlig Getrenntes von dem eigentlichen Arbeitspensum der Arbeiter seien.“

Natürlich nicht, ist doch auch das Arbeitspensum eines Reptils von seinen politischen Anschauungen und Bethätigungen nicht getrennt. „Weß Brod ich esse, deß Lied ich singe.“ Weiter:

„Die Erfahrung lehrt, daß die politische Richtung dem Arbeitgeber sehr verhängnisvoll werden kann. Wir erinnern“ — man höre! — „an die zerstörten Fabriken in Belgien, an die Arbeiterunruhen in Frankreich und Amerika, und an die gelindeste Form dieser Bewegung, die Streiks.“

Prachtvolle Begründung! Keine einzige dieser „Bewegungen“ hat mit politischen Anschauungen und Bethätigungen etwas zu thun. Für das Unternehmerr reptil ist aber wahrscheinlich Alles, was nicht willenlose Unterwerfung unter das Arbeitsjoch heißt, „Politik“.

Und so schwingt es sich denn schließlich zu dem, die innersten Gefühle seiner Auftraggeber charakterisirenden Aussprüche auf:

„Es ist daher die Beeinflussung der Arbeiter seitens ihrer Brotherrn genau so gerechtfertigt, wie diejenige, welche durch Wahlversammlungen oder durch die Reden, welche in den parlamentarischen Körperchaften zum Fenster hinaus gehalten werden, oder diejenige, welche durch Wahlflugblätter seitens der einzelnen Parteien gelebt wird.“

Bravo! rufen wir noch einmal, bravo, Reptil! Dank für die Offenherzigkeit, die soll die und deinen „Brotherrn“ untergefallen bleiben. Mit ehernen Lettern werden diese Ergüsse ungezügelter Hochmuths in die Herzen der Arbeiter eingetragen werden, untergefallen soll sie auch bleiben, diese freche Verkündung eures Ausbeuterabsolutismus, dieses schamlose Pronunziamento brutaler Sklaventhatergegnung!

Bon „Brotherrn“ schwagt ihr, die ein „Recht“ auf die politische Beeinflussung haben sollen! Ihr desistiert damit nur, was wir seit Jahrzehnten den Arbeitern predigen: daß sie solange nicht politisch frei sein werden, solange sie ökonomisch von Ausbeutern abhängig sind, die sich ihre „Brotherrn“ nennen, weil sie als Herren von dem Brod leben, das die Arbeiter mit ihrem Schweiß für sie schaffen! Der Arbeiter, der sich bis heute noch gegen die Nichtigkeit unserer Argumentation verschlossen hatte, ihr habt ihn vollends die Augen geöffnet mit eurer Alternative: Entweder willenloser Sklave oder vogelfrei.

Ja, ihr habt Recht! Wenn daher die Arbeiter volle Freiheit für sich beanspruchen, wenn sie ihre meist sehr nebulösen und unklaren politischen Ansichten frei vertreten wollen, so steht ihnen nichts im Wege, ihre Arbeitgeber, welche anderer Ansicht sind, zu verlassen und selber produzierende Vereinigungen zu bilden, wie dies vielfach in den Ber. Staaten und stellenweise sonst nicht ohne Erfolg versucht wurde.“

Den Hohn, die Arbeiter, nachdem ihr sie von ihrem Eigenthum expropriert, auf die „produzierenden Vereinigungen“ zu verweisen, schenken wir auch, sei es auch nur um des Ad nigrum Waghals willen, das in diesem Vorschlag liegt, um des kostbaren Zugeständnisses willen, daß, wenn die Arbeiter volle Freiheit für sich beanspruchen, sie diese im heutigen Arbeitsverhältnis nicht haben können.

Wir können keine freien Männer brauchen, wir wollen Sklaven — so ruft das Unternehmerr reptil in der „Eisenzeitung“ den deutschen Arbeitern zu. Aber seht einmal, ihr weisen, unbenedigten Herren, ist euch dabei gar nicht in den Sinn gekommen, daß die Arbeiter sich eines Tages der Worte erinnern könnten, die ein deutscher Dichter, dessen Patriotismus ganz unverbäglich ist, ihnen zugeflogen: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!

Das Sozialistengesetz über — Ernst Morik Arndt!

— Die Wahlprüfungscommission des Reichstags — Schreibt man uns — hat ihre Arbeiten begonnen und wird sie — nicht vollenden. Die Kartellbrüderliche Mehrheit steht auf der Höhe ihrer Aufgabe: den schmachvollen Ursprung des Reichstags, des Produkts der Angst, Lüge und Niedertracht, zu verbergen; und jeder Versuch, diesen Plan zu vereiteln, ist aussichtslos. Unsere Partei ist in der Wahlprüfungscommission nicht vertreten und wird nicht vertreten sein. Die Polen, mit denen wir ein Abkommen bezw. der Ermäßigung von Kommismissionsmitgliedern für möglich gehalten hatten, sind selber keine Fraktion, und die Kartellbrüder, die ihre Majorität auf Käufer'se auszunutzen entschlossen sind — lang wird die Herrlichkeit ja nicht dauern — bilden nicht, daß kleinere Gruppen (von weniger als 15 Mitgliedern) sich, wie das im vorigen Reichstage geschah, zu einer „Fraktion“ zusammenschließen und die Rechte einer „Fraktion“ erlangen können. Die Elsas-Bohringer, welche vielleicht bereit gewesen wären, unsern Genossen zu einem Sitz in der Wahlprüfungscommission behüßlich zu sein, sind, obgleich sie die erforderliche Zahl haben, gar nicht zu einer „Fraktion“ zusammengetreten, weil sie, um ihren negierend-protestirenden Standpunkt in vollster Schärfe auszuweisen, an den Kommissionsarbeiten sich principiell nicht betheiligen wollen.

— Von einer Wahlkreis-Geometrie haben wir Alle gehört, daß es aber auch eine Wahlkreis-Kritikmetik gibt, dürfte für Viele neu sein, obgleich die Thatsache selbst bei der letzten Wahl mit auffallender Klarheit zu Tage getreten ist. Wir meinen die eigenthümliche Erscheinung, daß zwei Zahlen, die zusammenaddirt werden, ein verschiedenes Resultat geben, je nachdem die Personen, welche addiren, oben oder unten stehen. Während z. B. in der gewöhnlichen Schul-Kritikmetik 3500 und 3300 unter allen Umständen = 6800 sind, gestaltet in der Wahlkreis-Kritikmetik die Sache sich ganz anders. Wenn nämlich die 3500 Stimmen der Fortschrittspartei angehören und die 3300 der Sozialdemokratie, dann bringen die fortschrittlichen Wahlkreis-Kritikmetiker 6800 zusammen, wenn aber die 3500 Stimmen Sozialdemokraten angehören und die 3300 Fortschrittler, so ergibt das fortschrittliche Additionsexempel bloß 3500 — die 3300 verschwinden vollständig, sind wie ausgelöscht. Zum Unglück für die fortschrittlichen Rechenmeister sind die Sozialdemokraten hinter diese Wahlkreis-Kritikmetik gekommen und werden sie von nun an nachahmen, so daß eine Ausgleichung stattfindet und 3500 und 3300 Stimmen hinfort in jedem Falle nur noch 3500 ergeben werden. Das stimmt zwar nicht mit der gewöhnlichen Schul-Kritikmetik, ist aber doch methodischer und gerechter, als die bisherige Praxis, nach welcher die 3300 das eine Mal gezählt und das andere Mal nicht gezählt wurden.

— Gut gegeben. Bei Verathung des Krankenversicherungs-Gesetzes im österreichischen Reichsrath hat der aus dem Deutschen Reich ausgetretene Abgeordnete Pennerstorfer jüngst den Vertretern der herrschenden Klasse einige derbe Wahrheiten gesagt. Im Entwurf hieß es nämlich im § 24, daß durch „geschlechtliche Ausschwa-

lungen“ erkrankte Arbeiter von der Unterstutzung ausgeschlossen sein sollen. Gegen diesen Passus nun wandte sich Pennerstorfer und sagte unter Anderem:

„Aber darauf muß hingewiesen werden, daß diese Bezeichnung des Gesetzes der Ausdruck einer heute selber überall verbreiteten Heuchelei ist. Wenn wir — und ich glaube, es werden sehr Wenige sein, welche anderer Ansicht sind — den Verkehr beider Geschlechter als etwas Naturgemäßes hinstellen, so ist es einfach eine Heuchelei, wenn man Denjenigen, die durch irgend welches Unglück geschlechtlich erkranken, die Hülfe entzieht. Ein bekannter und geachteter Dermatolog Wiens hat einmal im Gespräch gesagt: „Mehr als 60 Prozent der österreichischen Kriksotratie und überhaupt aller Kriksotratie sind geschmiert.“ (Seiterkeit.)

Die Herren werden verstehen, was das heißt: mit Quecksilber bestrichen. Sie vergehen die ganz offene Ausdrucksweise. Wenn nun Geschlechtliche, welche in der Lage sind, sich die vornehmsten Dingen zu kaufen, und von dieser Möglichkeit, wie die Herren wissen, sehr reichlich und ausgiebig Gebrauch machen, nichtsdestoweniger in die unangenehme Lage kommen, syphilitisch zu erkranken, so wollen Sie den Arbeiter, der in des Wortes wörtlichster Bedeutung gezwungen ist, auf die Gasse zu steigen, verurtheilen und in sittlicher Entrüstung aufwallen, wenn ihm etwas Regelmäßiges passiert, was den Mitgliedern der höchsten Kreise der menschlichen Gesellschaft ziemlich häufig passiert. Das soll gesagt werden und zwar in diesem Parlamente: Ein gut Stück jener sehr widerlichen Heuchelei liegt in diesem Punkte des § 24.“

Charakteristischer Weise zeigten sich in dieser Frage die Herren Bourgeois und Feudalritter weniger verärgert als sonst; sie gingen in sich, prüften Herz und Nieren, und — der Abänderungsantrag wurde angenommen.

Die Anspielung auf die „höchsten Kreise der menschlichen Gesellschaft“ war ebenso muthig wie treffend. Ob z. B. Franz Joseph der „Gesalbte des Herrn“ ist, darüber mögen die Meinungen auseinandergehen. Daß er aber der „Geschmierte des Herrn“ ist, weiß in Wien nachgrade Jeder mann.

— Die Frau auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung. In Cincinnati (Ohio) fand kürzlich ein namentlich von Farmern u. dgl. des Weizens recht stark beschickter Kongress (Konvention) statt, der die Bildung einer neuen politischen Partei, einer „Partei der Arbeit“, mit einem noch ziemlich konfusem Programm beschloß. In einem Bericht des Genossen Rag Stöhr, früher in Otisens, an den New-Yorker „Socialist“ über diesen Kongress finden wir folgenden interessanten Passus:

„Der nächste Tag sah nur Rebekämpfe, eingebrachte Resolutionen und die Damen, die Engel der Konvention, welche die Wüste des Quatsches durch dasen gesunder Gedanken passierbar machten. Frau Todd von Michigan schlug hart dazwischen, sie sagte, man nenne sie eine Sozialistin, sie wisse aber noch nicht, ob sie diese hohe Stufe der Erkenntniß erreicht habe. Unter donnerndem Beifall mußte mancher Nooback überzuckerte Willen verschlucken. Welche dem Ranne, der gewagt hätte, Allen so ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. Ihr folgten Mrs. Culbertson und Mrs. Dr. Severance, ebenfalls von Michigan. Diese Frauen waren die besten Männer der Versammlung.“

Würde sich auch in Deutschland oft wiederholen, wenn man die Frauen nicht geistlich vom öffentlichen Leben gürdelt.

— Von Nah und Fern. Des Lebens ungemischte Freude wird keinem Sterblichen zu Theil. Der Ferkummel zu Ehren des alten Wilhelm hat, wie die servile Presse meldet, mit einem dauerlichen Mißling geendet. Am Abend des 22. März sollen ganze Trupps „betrunkenen Gesindel“ sich vor dem Palais eingefunden und dort durch Johlen und Lärmen den „peinlichsten Eindruck“ hervorgerufen haben. Nur mit Mühe sei es den Schutzleuten gelungen, Ordnung zu stiften. Wenn es sich wirklich nur um hauptsächlichsten Lumpenthum gehandelt hat, so läßt sich dazu nichts weiter sagen, es ist aber noch eine andere Beart möglich — die nämlich, daß der Polizeirapport diesmal das „Gesindel“ nur vorspielt, um eine spontane Gegendemonstration aus dem Volke zu vertuschen. Denn daß ganz Berlin „einig“ gewesen sei, „dem Kaiser zu hulbigen“, ist eine freche Lüge. — Seit dem letzten Attentatsversuch in Petersburg wird wieder aufs Schamlose auf Kosten der Wohlthäter gelogen. Das „Neue Wiener Tageblatt“, dieses Hauptschwindelorgan, weiß bereits, daß sie wieder ergebend 200,000 Rubel gestohlen haben sollen. Wir warnen unsere Genossen vor diesen Lügennachrichten, die nur den Zweck haben, den wahren Charakter der revolutionären Bewegung in Ausland zu falschen. Auch die russische Regierung läßt allerhand Lügen über die Revolutionäre verbreiten, um die Sympathien des Publikums von ihnen abzulenken. Wir nehmen daher von allen Gerüchten über dieselben so lange keine Notiz, als dieselben nicht von zuverlässiger Seite bestätigt sind. —

Korrespondenzen.

Gorki a. R. Die aus allen Theilen Deutschlands Berichte über Gemeindefeinde in Bezug auf Wahlbeeinflussungen, Versammlungsverbote, Hausdurchsuchungen, Ausweisungen u. dgl. an das Parteiorgan gelangen, so können auch wir nicht unterlassen, die hier in unserem Kreise von Seiten der Ordnungsbanden in Szene gesetzten Schandthaten an dieser Stelle gebührend zu kennzeichnen. Bei der letzten Reichstagswahl traten in unserem Kreise die Reichsmaschpartei, die Deutschfreisinnige und wir, die Arbeiterpartei, in den Wahlkampf. Während den anderen Parteien jede Versammlung von Seiten der Polizeibehörde gestalltet wurde, und die Reichsmaschpartei obendrein von letzterer täthig in der Agitation für ihren Kandidaten, den Fabrikbesitzer Brauer, unterstützt wurde, so hatten wir von der ganzen Sippe eine Behandlungsmethode zu erfahren, wie sie schreienförmig kaum zuvor bei uns stattgefunden.

Unser ständiges Oberhaupt, der Herr Bürgermeister Engmann, der, beiläufig bemerkt, ein Bismarck'scher Speichellecker, sowie ein landwirthlicher Baugrunder ganz besonderer Größe ist, dieser Streber war so gemein, uns nicht weniger als vier Wählerversammlungen zu verbieten. Zu einer am 14. Februar Abends abendraunten Versammlung hatte sich eine nach hundertsten zählende Menschenmenge nach dem Versammlungsorte begeben. Die Versammlung war, was selbstverständlich, vorher verboten und die Eingangsgebühren zum Lokal von allerhand Mitglieder der Polizeihülfsbände, als Polizisten, Gensdarmen und Rächwächter besetzt. Man hatte es wohl von Seiten der Polizei, sowie von der Ausbeutergesellschaft, wahrnehmlich darauf abgesehen, einen Putsch zu provozieren, um eine Waffenverhaftung vorzunehmen, vielleicht auch gar wie in unserem Nachbarorte Spremberg so auch über Gorki den „Kleinen“ verhängen zu können. Den Gefallen aber wollten wir dieser Sippe nicht thun, und sind wir denn auch auf die von ihnen gestellte Fülle nicht hineingefallen.

Mit einigen Worten wollen wir noch einiger elender Subjekte erwähnen, obwohl dieselben freilich nicht werth sind, in unserm Organe mit Namen genannt zu werden. Seit 9 Monaten haben wir einen Polizeikommissär, Namens Belich, der jedenfalls, da er bis zu seinem Antritt hierorts in Berlin bei der Artillerie gestanden, von der Rummelpulle große Kenntniß hat, denn davon zeugen deutlich Rafe und Backen. Auch mag er vielleicht noch von Kanonen und Kanonenkugeln Ideen haben, von politischen und kommunalen Angelegenheiten aber hat er gleich hundertsten seiner Kollegen keine Ahnung. Dieser Wicht nahm seit 14 Tagen vor der Wahl an täglich bei bekannten Genossen, wie bei nur im Verdacht der Sympathie für unsere Partei stehenden Personen, Hausdurchsuchungen vor, deren Zweck lediglich der war, unser Wahlflugblatt ausfindig zu machen, was ihm freilich nicht gelang.

Mitteil mußte es vielmehr bei jedem Parteigenossen erregen, der die arme Polizeijerk Belich mit seinen Landknechten von den Hausdurchsuchungen zurückzuführen sah. Wie trübselig ließ er doch seinen politischen — nützlich oder vergebenden Liebesmüß hängen. Den Genossen aber wollen wir nur noch an dieser Stelle anempfehlen, die größte Vorsicht zu beobachten, um der Polizei nichts in die Hände fallen zu lassen, im Uebrigen aber unermüdet für unsere Sache weiter zu schaffen und weiter zu agitieren.

Zur Kennzeichnung unserer Gegner sei noch konstatirt, daß der litt-näfige Redakteur des „Wochenblattes“ und die Aufnahme eines Wahl-auftrags, in welchem wir zur Wahl unserer Kandidaten Schwaiger auf-

